



Information der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 11

Mainz, 30.04.2014

Landesregierung überdenkt 1% Besoldungsdiktat

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat angekündigt, die Aufhebung der Deckelung der Beamtenbesoldung und eine umfangreichere Erhöhung für 2015 zu prüfen.

„Es ist eine gute Nachricht, dass in das Thema Beamtenbesoldung endlich Bewegung kommt. Die Ankündigung der Ministerpräsidentin ist ein Schritt in die richtige Richtung. Nun gibt es zumindest die Ankündigung der Landesregierung, diesen Fehler beheben zu wollen und nicht darauf zu warten, dass die Regierung durch das Bundesverfassungsgericht zum Handeln gezwungen wird“ so **GdP Landesvorsitzender Ernst Scharbach**.

Die GdP hat mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes GEW, Verdi und IG BAU hartnäckig seit der ersten Beratung des Gesetzes im Landtag gegen die Deckelung der Beamtenbesoldung gekämpft. Nach Einreichung von Musterklagen durch die GdP und den DGB hatte das VG Koblenz im Januar die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz als nicht verfassungsgemäß bezeichnet und die Frage dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt.

Im April hat die GdP noch einmal die Ministerpräsidentin angeschrieben und auf die spezifische Situation der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hingewiesen, die nicht nur durch das 1% Besoldungsdiktat getroffen sind, sondern durch Beförderungsstau und seit Jahrzehnten nicht erhöhten Erschwerniszulagen finanzielle Einbußen erleiden.

„Man hätte unsere bei der Anhörung des Gesetzes im Landtag am 3.11.2011 vorgebrachten Argumente früher bedenken können. Wenn man nun fast 3 Jahre später bereit zum Denken ist, dann ist es immerhin schon ein Fortschritt zu dem Zustand zuvor. Wenn das Denken nun auch noch zu den richtigen Ergebnissen führt und man dafür nicht so lange braucht, bis das letzte Vertrauen in den Dienstherrn verloren ist, dann wäre schon etwas gewonnen“, so **GdP Gewerkschaftssekretär RA Markus Stöhr**.